

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 10.3.2016. Im Rahmen der Anerkennung der Tagesordnung teilte Oberbürgermeister Thomas Geisel mit, dass er den Punkt „Ergänzung der Bezeichnung des Flughafens um den Namen Johannes Rau“ von den Tagesordnungen der Sitzungen von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung nimmt, um Schaden vom Andenken an Johannes Rau und der Stadt fernzuhalten, und dass die CDU ihren diesbezüglichen Ratsantrag (kein Namenszusatz Johannes Rau für den Flughafen Düsseldorf) vor diesem Hintergrund zurückzieht. Die CDU beantragte, die erst kurzfristig vorgelegte Beschlussvorlage zum Ankauf von sechs Wohnmodulanlagen für rd. 2060 Asyl suchende Personen und Flüchtlinge und zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel von bis zu 69 Mio Euro, nicht zu behandeln. Nach Prüfung der Dringlichkeit teilte der Oberbürgermeister im Verlauf der Ratssitzung mit, dass in einer Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der nächsten Woche entschieden werden könnte. Der Antrag der Linken, sich gegen die Vermietung von Räumlichkeiten der Düsseldorfer Messe an die AfD bzw. deren Europafraktion auszusprechen, wurde zurückgezogen, da die Veranstaltung schon stattgefunden hat. Ebenso zogen die Linken ihren Antrag zur Wiedereinrichtung eines Runden Tisches Waldschänke zurück, weil zur Zeit Gespräche zwischen dem Investor und dem benachbarten Tennisverein laufen, verbunden mit einer Mitgliederbefragung des Tennisvereins.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der SPD zur aktuellen **Liquiditätssituation** erläuterte die Verwaltung zunächst das Verfahren der Rückzahlungen von Gewerbesteuerzahlungen. Dem Controlling unterliegen Veränderungen zwischen Haushaltsansatz und Ertragssituation. Ist bei Steuerzahlungen über 2 Mio Euro. Gewerbesteuerückzahlungen aufgrund der Finanzamtsbescheide sind innerhalb von 8 Tagen fällig. Von Januar bis heute waren 158 Mio Euro zurückzuzahlen, wobei sich diese Zahlungsverpflichtung innerhalb von 2 Tagen um 49 Mio erhöhte und nur Zahlungen ab 2 Mio Euro berücksichtigt wurden. In den Jahren 2010 bis 2015 beliefen sich die Rückzahlungen aus Gewerbesteuer auf 265 bis 340 Mio Euro und wurden durch Zugänge von 416 bis 588 Mio übertroffen. Hierzu erläuterte Stadtkämmerin Dorothee Schneider, dass die Zugänge erst innerhalb eines Monats fällig sind. In die Diskussion floss eine Informationsvorlage ein, mit der der Ältestenrat am 8.3. zur aktuellen Liquiditätssituation informiert wurde. Bis zur Beendigung der vorläufigen Haushaltsführung können auf der Grundlage der Haushaltssatzung 2015 Liquiditätskredite bis zu 379,3 Mio Euro aufgenommen werden. Über die bei der Messer (40 Mio) und der Holding (262 Mio) aufgenommenen Kredite hinaus wurde die Aufnahme eines Kommunaldarlehens zu einem Zinssatz von 0,0 % veranlasst.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der FDP teilte die Verwaltung mit, dass die **Verkaufsfläche der DüsseldorfArcaden** 20.226 qm beträgt und durch Umnutzung in Gastronomie weiter reduziert wurde.

Aufgrund einer Anfrage der Tierschutzpartei/freie Wähler teilte die Verwaltung mit, dass es durchschnittlich zu 120 Strafanzeigen und 10 Unfallanzeigen jährlich im Zusammenhang mit **Übergriffen gegen städtische Mitarbeitende** kommt. Überwiegend handelt es sich um verbale Angriffe, in seltenen Fällen um körperliche Übergriffe.

Eine Anfrage des Ratsherrn Dr. Wlecke zur **Liquiditätssicherung** beantwortete die Verwaltung dahingehend, dass eine Bündelung der Liquidität des städtischen Kern-

haushaltes sowie der städtischen Töchter und Eigenbetriebe erfolgt. Zur Liquiditätssicherung wurden temporäre Liquiditätsüberschüsse der Messe aus operativem Geschäft verwendet. Die Messe hat keine Kredite aufgenommen, um die Liquidität der Stadt zu bedienen.

Aufgrund einer Anfrage der Linken zu beauftragten **Gutachten** teilte die Verwaltung mit, dass in allen Dezernaten für spezialisierte Fragestellungen Gutachten beauftragt werden. Eine zentrale Erfassung erfolgt nicht. Das Anfragerecht hat da seine Grenzen, wo die Antworten nicht mit vertretbarem Aufwand ermittelt werden können.

Eine Anfrage des Rats Herrn Maniera beschäftigte sich mit dem Entgegenwirken der Entwicklung von **Parallelgesellschaften** insbesondere im Maghreb-Viertel. Die Verwaltung erläuterte, dass durch integrierte Handlungskonzepte (Rath-Mörsenbroich und Holthausen) und städtebauliche Entwicklungskonzepte (Oststraße/Graf-Adolf-Straße/Konrad-Adenauer-Platz) eine städtebauliche Entwicklung und soziale Stabilisierung der Quartiere erfolgt. Sie verwies auf das Integrationskonzept, die Durchmischung von Stadtteilen, die integrierte Jugendhilfeplanung mit einer guten Ausstattung in Oberbilk auch durch soziale Dienste der Träger, wohnortnahe Integrationskurse. Integrative Arbeit richtete sich an alle Bevölkerungsgruppen und nimmt Vielfalt im Stadtteil auf. Als Beispiele wurden Stadtteilerkundungen zur Förderung des Dialogs unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, sportpädagogische Angebote auf dem Lessingplatz, Gewaltprävention und die Unterstützung beim Übergang von Schule und Beruf genannt.

Aufgrund einer Anfrage des Rats Herrn Grenda teilte die Verwaltung mit, dass die **Gewerbesteuerzahlungen** nicht quartalsweise geschätzt werden. Sie geht davon aus, dass die veranschlagten Gewerbesteuereinnahmen 2016 erreicht werden.

Anträge der Fraktionen

Der Rat beauftragte einstimmig auf Antrag der Fraktionen von BÜ90, CDU, SPD, FDP und Linken die Verwaltung den Beitritt zur Klage der Städteregion Aachen gegen die belgischen **Atomkraftwerke in Tihange und Doel** zu prüfen. Er erwartet von Bundes- und Landesregierung, ein besonderes Informations- und Auskunftspflicht zu erreichen. Er forderte die Verwaltung auf, die Bemühungen um ein bilaterales Abkommen mit Belgien zum Schutz der in der Einflusszone lebenden Menschen bei einem möglichen nuklearen Ernstfall zu schützen und ein Katastrophenschutzkonzept zu erarbeiten.

Abgelehnt wurde der Antrag der Tierschutzpartei/freie Wähler, durch den die Verwaltung beauftragt werden sollte, alle rechtlichen Mittel gegen das Land NRW zur **Erlangung der finanziellen Mindestausstattung** gemäß eines am 6.1. vorgestellten Rechtsgutachtens von Herrn Prof Dr. Lange einzuleiten.

Der Antrag der Linken, den Gutshof Niederheit nicht zu verkaufen sondern als pädagogische Einrichtung weiterzuführen, fand keine Unterstützung.

Auf Antrag der SPD, FDP, BÜ 90 beauftragte der Rat gegen CDU bei Enthaltung der Linken die Verwaltung zu prüfen, ob die Fortsetzung der pädagogischen Arbeit am Standort oder in der Nähe möglich ist. Hierbei sollen alternative Rechts- und Trägerformen und alternative Finanzierungsmöglichkeiten geprüft werden. Die denkmalgeschützten Gebäude und der Zugang zum öffentlichen Freizeitpark Niederheider Wäldchen sollen erhalten.

Über einen Antrag der CDU, zu prüfen, ob an diesem Standort das Angebot erhalten werden kann und über die NRW-Stiftung Nautr-Heimat-Kultur finanziert werden kann, wurde dann nicht mehr abgestimmt.

Kleine Kommission Kö-Bogen

Die Verwaltung teilte mit, dass sich die Kommission mit dem Stand des Bebauungsplans Kö Bögen II beschäftigte. Im Rahmen der Offenlegung wurden drei kritische Stellungnahmen eingereicht. Vorgesehen ist, der Bezirksvertretung im Mai den B-Plan vorzulegen, dieser Zeitplan wurde als ambitioniert bezeichnet. Inzwischen wurde der Entwurf des städtebaulichen Vertrages ausgetauscht.

Tour de France

Aufgrund einer Anfrage der CDU-Fraktion teilte die Verwaltung mit, dass die Zahlung an die A.S.O. (Amauri Sports Organisation) in Höhe von 1,7 Mio Euro im Dezember aus nicht verausgabten Mitteln des Haushaltsabschnitts Wirtschaftsförderung/internationale Angelegenheiten/BgA Großveranstaltungen erfolgte.

Aufgrund einer Anfrage der FDP zur Personalausstattung des Organisationsbüros und der räumlichen Unterbringung in den früher vom ausgeschiedenen Planungsdezernenten genutzten Büros teilte die Verwaltung mit, dass bisher 3 Mitarbeitende befristet bis 31.8.2017 umgesetzt wurden. Zwei weitere Assistenzstellen werden ab 1.4. besetzt, eine weitere Umsetzung ist geplant. Die Beschäftigung externer Dienstleister, variiert je nach Arbeit, zur Zeit sind 9 Beschäftigte vor Ort. Die Mietkosten im laufenden Mietvertrag für die Kaiser. 11 (Erdgeschoss) belaufen sich auf mtl. 14.800 Euro einschließlich Unterhalt und Reinigung. Insgesamt werden 18 Arbeitsplätze eingerichtet. Es wird vorhandenes Mobiliar genutzt, für den Umzug fielen Kosten von 400 Euro an. Ggf. müssen noch einzelne Aktenschränke und Beschilderungen angeschafft werden. Für die IT wurden einmalig 24.695 Euro aufgewendet. Alle Kosten sind in den geplanten 11,9 Mio Euro enthalten. Für das Organisationsteam waren 1,4 Mio kalkuliert, jetzt wurden sie erhöht auf 1,7 Mio Euro.

Zum aktuellen Projektstand erläuterte der Oberbürgermeister, dass die Projektgruppe am 1.3. ihre Arbeit aufgenommen. In Abstimmung mit der Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH wurde ein Marketingkonzept entwickelt, das sich in das Gesamtkonzept Sportstadt Düsseldorf einfügt. Für die drei Sportereignisse in 2017 (Tischtennis WM, Triathlon EM, Tour de France) wird ein Corporate Design entwickelt. Über die von der ASO vorgegebenen Veranstaltungen sind weitere Events terminiert: Präsentation der Stadt am Finaltag der diesjährigen Tour de France in Paris, Radsporttag am 18.9 mit Radrennen "Rund um die Kö" und Jedermannrennen auf einer Teilstrecke der 2. Etappe mit dem Ziel, das Jedermannrennen als festen Bestandteil in den Sportkalender zu integrieren. Präsentation der Stadt am 18.10 anlässlich der Präsentation des Streckenverlaufes. 23.3. D-100 Kunst- und Kulturprogramm, Zeitfahren für SchülerInnen. 10.6.2017 Fahrradfest in Kombination mit dem Radaktiv-Tag. Inzwischen wird mit Einnahmen von 4,8 Mio, fiskalischen Effekten von 2,3 Mio und Kosten von 10,3 Mio gerechnet, sodass sich der Finanzbedarf von 6,2 auf 3,2 Mio reduziert.

Auf Antrag von CDU, SPD, BÜ90, FDP beauftragte der Rat einstimmig die Verwaltung, zur nächsten Ratssitzung ein Veranstaltungs- und Finanzierungskonzept für den Grand Depart der Tour de France 2017 vorzulegen.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss gegen eine CDU-Stimme auf Grundlage des am 14.7.2015 in Palermo unterzeichneten Kooperationsabkommens den **Abschluss eines Partnerschaftsvertrags mit der italienischen Stadt Palermo**. Die Partnerschaft soll insbesondere in den Bereichen Kultur (Künstlertausch, Ausstellungsprojekte im Bereich der bildenden Kunst, Workshops in den Kunstakademien, Projekte im Bereich Chormusik und Jazz), Bildung (Austausch von Studierenden und Dozierenden in Bachelor- und Masterstudiengängen in der Romanistik und anderen Fächern, binationale

Promotionsprogramme, wissenschaftliche Veranstaltungen), Sport (Austausch in verschiedenen Sportarten, Teilnahme an Turnieren und Organisation eines Vergleichskampfes, Teilnahme am Stadtmarathon, Kinder- und Jugendförderung auf Basis des Talentförderungsmodells, Austausch im Bereich der Bildung und Ausbildung), Gleichstellung (politischer und kommunaler Austausch der einschlägigen Gremien und Ausschüsse, wirtschaftlicher Austausch und Best-Practice in den Fragestellungen von Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weiblicher Führungskräftegewinnung, Unternehmerinnenförderung, Frauen-Netzwerkbildung, soziale Fragestellung und Austausch in der Präventionsförderung von häuslicher Gewalt, Kulturkooperationen in Form eines Frauenfilmfestivals oder Musikerinnenaustausch) sowie Flüchtlingsarbeit (regelmäßiger Gedankenaustausch über Unterbringung und Integration, hygienische und humanitäre Standards, Austausch von Praktiken in der Organisation der hauptamtlichen sozialen Betreuung und der Vernetzung der Wohlfahrtsverbände). Der Vertrag wurde sogleich von Bürgermeister Leoluca Orlando und Oberbürgermeister Thomas Geisel unterzeichnet.

Der Rat beschloss einstimmig auf Antrag des Jugendrates, Jugendlichen bis 21 Jahre ab 1.3.2016 **freitags freien Eintritt** in die Sonder- und Dauerausstellungen im Heinrich-Heine-Institut, Theatermuseum, Stadtmuseum, Goethe-Museum, Filmmuseum, Hetjens-Museum und Schifffahrtsmuseum zu gewähren. Zur Zeit bieten diese Museen freien Eintritt für Jugendliche bis 18 Jahre.

Der Rat beschloss einstimmig auf Bitte des Jugendrates, ab 1.4.2016 Studierenden und Auszubildenden die **Artcard Düsseldorf** zu einem ermäßigten Preis von 40 Euro anzubieten - zunächst versuchsweise für zwei Jahre -. Jugendliche und junge Erwachsene bis 21 Jahre könnten weiterhin die Art:card junior zu 15 Euro erhalten.

Der Rat beschloss einstimmig, die anrechenbare Dauer einer ehrenamtlichen Tätigkeit zum Erhalt der **Ehrenamtskarte** NRW von bisher 2 Jahren auf 1 Jahr herabzusetzen.

Der Rat beschloss die Einrichtung eines mit sieben städtischen Vertretern besetzten **Aufsichtsrates bei der Holding** der Landeshauptstadt Düsseldorf (gegen Rep, Pirat, Enthaltung Tierschutzpartei/freie Wähler).

Im September 2015 hatte der Rat die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob bei kommunalen GmbHs mit fakultativen Aufsichtsräten die **Geheimhaltungspflicht** nur noch für solche Tagesordnungspunkte der Aufsichtsratssitzungen gilt, die zum Wohle des jeweiligen Unternehmens, der Allgemeinheit oder zum Schutz berechtigter Ansprüche Einzelner der Verschwiegenheit bedürfen. Der Rat nahm nun eine Informationsvorlage zur Kenntnis, in der die Verwaltung ausführt, dass diese Regelung keinen handhabbaren Maßstab für eine rechtssichere Einordnung der Tagesordnungspunkte in Aufsichtsratssitzungen in öffentlichkeitstauglich oder verschwiegenheitsbedürftig bietet und den für die Aufstellung der Tagesordnung Verantwortlichen eine besondere Verantwortung aufbürdet, die im Falle einer Fehleinschätzung auch noch haftungsrechtliche Folgen haben könnte.

Der Rat ermächtigte gegen Linke, Tierschutzpartei/freie Wähler, Enthaltung Pirat und AFD die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der IDR, der Gründung der **Hafen Düsseldorf-Reisholz Entwicklungsgesellschaft mbH** mit einem Stammkapital von 25.000 Euro sowie der anschließenden Übertragung von 50 % der Anteile dieser Gesellschaft auf die Neuss-Düsseldorf Häfen GmbH & Co.KG zuzustimmen. Er ermächtigte die Vertreter in den Aufsichtsräten der Stadtwerke Düsseldorf AG und der Neuss-Düsseldorfer Häfen GmbH & Co.KG dem Anteilskauf zuzustimmen. Über die Gesellschaft soll die Hafenenwicklung in Reisholz mit einer hafenaffinen Nutzung vorangerieben werden. Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linken gegen Tierschutzpartei

ei/freie Wähler auf Antrag von SPD, FDP, BÜ 90, dass die Planungen an den Bedürfnissen der Betriebe im Düsseldorfer Süden ausgerichtet werden und die Möglichkeiten und Grenzen des Standorts berücksichtigen. Über alle Planungen soll frühzeitig öffentlich informiert werden. Ziel des Ausbaus ist die Verlagerung heutiger LKW-Verkehrs auf Binnenschiffe und Schiene und somit die Reduzierung der Verkehrsbelastung im Süden und keine Mehrbelastungen durch einen überregionalen „Hub“. In Kooperation mit den Häfen in Krefeld und Köln wird ein sich selbsttragender Bau und Betrieb angestrebt. Auswirkungen auf den Rhein und die umliegende Natur sollen genau untersucht, öffentlich gemacht und minimiert werden. Über einen Antrag der Linken, zunächst das Verkehrsgutachten vorzulegen, eine Bedarfsanalyse zu erstellen und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen bevor die Gründung der Gesellschaft erfolgt, wurde dann nicht mehr abgestimmt.

Der Rat beschloss, sich am **Sonderprogramm des Landes „Hilfen im Stadtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“** zu beteiligen und

- **Zuschussanträge für sechs Grundschuld- und vier Sekundarschulbaumaßnahmen** im Volumen von 68,5 Mio Euro zu stellen. Die Schulerweiterungsmaßnahmen wurden bereits im Rat beschlossen. Je Projekt kann eine Förderung von bis zu 70 % gewährt werden (einstimmig);
- **Fördermittel für „Welcome-Points“** in den Stadtbezirken 1, 6 und 9/10 zu beantragen. Diese Anlaufstellen sollen als Treffpunkte für Flüchtlinge sowie weitergehende Beratung und Unterstützung auch der „alteingesessenen“ Bürgerinnen und Bürger dienen. Die Begegnungsstätten sind Teil des gesamtstädtischen Integrationskonzeptes und werden durch Wohlfahrtsverbände betrieben. Die Stadt hat bis zu 30 % der Kosten von rd. 290.000 Euro jährlich zu tragen. In den Stadtbezirken 2,3 4 und 5 haben bereits Welcome-Points ihre Arbeit aufgenommen (gegen Rep, Enthaltung Pirat);
- **die Nichtschwimmerbecken für zwei Streetworker-Stellen** im Stadtbezirk 6 für die Jahre 2017 und 2018 zu beantragen, die bei einem freien Träger eingerichtet werden sollen. Die Stadt hat bis zu 30 % der Kosten von 111.000 Euro jährlich zu tragen (einstimmig).

Der Rat genehmigte gegen Rep bei Enthaltung Tierschutzpartei/freie Wähler eine Eilentscheidung des Haupt- und Finanzausschuss über die **Anmietung von insgesamt fünf winterfesten Leichtbauhallen** zur Unterbringen von jeweils 288 Asyl suchenden Personen und Flüchtlingen an drei Standorten in den Stadtbezirken 2,3 und 9. Die Erschließung und Herrichtung der Grundstücke wird mit 2,1 Mio Euro veranschlagt, die jährlichen Mietkosten belaufen sich auf 11,9 Mio Euro. Hinzu kommen noch die Betriebskosten.

Der Rat beschloss gegen FDP und Rep bei Enthaltung des Piraten die **Anmietung der Liegenschaft Gatherweg 60** zur Unterbringung von Asyl suchenden Personen und Flüchtlingen über eine Mietzeit von 15 Jahren. Nach Umbau können in der ehemaligen Büroliegenschaft rd 250 Personen untergebracht werden. Die Jahresmiete beläuft sich auf 816.000 Euro. Hinzu kommen Nebenkosten von 90.000 Euro.

Der Rat genehmigte eine Eilentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses zur **Zwischenfinanzierung des Baus des Albrecht–Dürer-Berufskollegs** durch die IDR im Rahmen einer Teilforfaitierung. Hierdurch können die Zwischenfinanzierungskosten reduziert werden (Enthaltung Tierschutzpartei/Freie Wähler).

Der Rat nahm einstimmig mit Dank **Schenkungen** an:

- die Neupflanzung von Bäumen im Zusammenhang mit dem Orkan Ela 125.000 Euro von der Allianz Umweltstiftung, 40.000 Euro von der Fritz-Henkel-Stiftung

- und 30.000 Euro der Unternehmergeellschaft „Das gut Ding“;
- die Arbeiten „Zollstockhaus“, „Beine“ und „Ein Pfund Erdbeeren“ von Hans-Peter Feldmann für das museum kunstpalast.

Der Rat bekundete bei einer Enthaltung sein Interesse an der Durchführung des **Annual General Assembly (AGA) 2017 und der Eurogames 2020** in Düsseldorf. Im Falle des Zuschlages für die AGA wird den Veranstaltern ein Zuschuss von bis zu 5.000 Euro gewährt. Die Eurogames sind ein jährlich stattfindendes schwul-lesbisches sportliches Großereignis mit 3000 bis 5.000 Sportlern und Sportlerinnen aus ca. 40 Ländern. Die Entscheidung über die Ausrichtung der Eurogames wird auf der AGA getroffen, einer sportpolitischen Konferenz, die der Düsseldorfer Verein Phönix e.V. im März 2017 ausrichten möchte.

Der Rat genehmigte eine Dringlichkeitsentscheidung zum **Abbruch von zwei Werkshallen auf dem ehemaligen Glashüttengelände** mit Gesamtkosten von 925.000 Euro und stellte diese Mittel überplanmäßig bereit (Enthaltung Tierschutzpartei/freie Wähler, Pirat).

Investitionen

Der Rat stimmte bei einer Enthaltung dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Planung, den Bau und die Unterhaltung der „**verlängerten Böhlerstraße**“ mit der Stadt Meerbusch zu. Die Kosten für den Bau (ca. 9,35 Mio Euro) werden je zur Hälfte von den beiden Städten getragen. Die Bau- und Unterhaltungslast wird zwischen den Städten sowie dem Landesbetrieb Straße NRW aufgeteilt.

Der Rat genehmigte eine Dringlichkeitsentscheidung zur Durchführung des Maßnahmen des „**5 Punkte Plans Schauspiel Düsseldorf**“ und stellte 2,8 Mio Euro überplanmäßig bereit. Wegen der Baumaßnahmen am Kö-Bogen II muss das Schauspielhaus alternative Prodebühnen und Spielstätten anmieten (Enthaltung Tierschutzpartei/freie Wähler).

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung und Kostenberechnung des folgenden Projektes:

- Ersatzneubau einer Gymnastikhalle beim TSV Urdenbach. Für ein Jahr soll diese Halle zunächst als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden können. Die Kosten werden derzeit auf 1,4 Mio Euro geschätzt. Nach Fertigstellung der Halle soll der jetzige Tennenplatz mit Kunstrasen ausgestattet. Einschließlich der Instandsetzung der Trainingsbeleuchtungsanlage werden hierfür 0,45 Mio kalkuliert.

Der Rat beschloss

- zusätzliche Mehrkosten in Höhe von 3,3 Mio Euro für die **Sanierung des Aqua-zoos**. In den Bereichen Heizung-, Lüftung-, Wasser- und Mess-, Steuer- und Regeltechnik mussten über die ursprüngliche Planung hinaus weitere Komponenten ausgetauscht werden. Die Gesamtkosten erhöhen sich auf 18,8 Mio Euro. Die Wiedereröffnung ist nun im Frühjahr 2017 vorgesehen (gegen Tierschutzpartei/freie Wähler);
- die überplanmäßige Bereitstellung von 275.000 Euro für dringend erforderliche **Sanierungsmaßnahmen in der Deutschen Oper am Rhein** in den Bereichen Steuerungs- und Bühnentechnik, Schaltschränken der Obermaschinen, Klimaanlage und Aufzugstechnik, da das veranschlagte Budget von 1,5 Mio Euro für Wartung- und Bauunterhalt nicht ausreicht (einstimmig);

Planungsrecht

Der Rat stimmte der Stellungnahme der Verwaltung zur **Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans** zu und beauftragte die Verwaltung, die Stellungnahme in das formelle Beteiligungsverfahren einzubringen. Die Stellungnahme bezieht sich auf die Zielfestlegungen zur Entwicklung der Häfen, die Fluglärmschutzzonen sowie die Infrastruktur- und -folgekostenberechnungen (Enthaltung Linke, BÜ90, gegen Tierschutzpartei/freie Wähler).

Der Rat beschloss

- eine Veränderungssperre für das Gebiet **Vogelsanger Weg/Münsterstraße**. Hier ist ein Bebauungsplan in Arbeit, der das Wohnen weiterentwickeln und den Einzelhandel steuern soll. Weitere zur Zeit als Gewerbegebiet genutzte Flächen am Vogelsanger Weg sollen nun in den Bebauungsplan einbezogen werden, um auch hier Wohnnutzung zu ermöglichen. Verkaufsflächenerweiterungen von Discountern stehen dem entgegen (einstimmig);
- die erste Verlängerung der Veränderungssperre für das Gebiet **Forststraße/Hasselsstraße** (Hassels). Die Veränderungssperre wird auf einen verkleinerten Bereich des Bebauungsplanentwurfs angepasst. Ziel ist eine Einzelhandelssteuerung (eine Enthaltung);
- die erste Verlängerung der Veränderungssperre **Oberbilker Allee/Ringelsweide** (Bilk). Hier ist ein Bebauungsplan in Arbeit mit dem Ziel, den Einzelhandel zu steuern, um die Nahversorgungszentren Corneliusstraße und Oberbilker Allee zu sichern (eine Enthaltung);
- die zweite Verlängerung der Veränderungssperre für das Gebiet **„Beiderseits Hinter der Böck“** (Hamm). Im Rahmen eines Dialogverfahrens wird zur Zeit ein Bebauungsplan entwickelt, um eine geordnete Wohnbaulandentwicklung in den Innenbereichen auf der Grundlage eines Baustufenkonzeptes nach Beteiligung der Gartenbaubetriebe zu ermöglichen (eine Enthaltung);
- den geänderten Bebauungsplan **Bonner Straße/Münchener Straße** (Holthausen). Das 13,2 ha große Gebiet wird durch eine heterogene Gewerbe-, Dienstleistungs- und Einzelhandelsnutzung geprägt. In dem als Gewerbe- und Industriegebiet ausgewiesenen Bereich werden nun Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevanten Sortimenten, Bordelle und Vergnügungsstätten ausgeschlossen (eine Enthaltung).

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de